

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren Kollegen,

DIE LINKE. ist, nachdem offensichtlich und keineswegs überraschend die SPD die CDU nicht um Unterstützung gebeten hatte, angefragt worden, die Resolution mit zu tragen. Von unserer Seite kam Zustimmung, da die dargestellten Fakten unseren Positionen entsprechen, sowohl in der Stadt als auch im Land.

Anschließend wurden wir von der SPD mit der Mitteilung beglückt, dass die Grünen - mittlerweile genau wie die CDU ansonsten - nur mitmache, wenn DIE LINKE. nicht dabei sei.

Diese Ausgrenzungspolitik in Bezug auf DIE LINKE. findet immer weniger Verständnis bei den Bürgern wie wir aus Gesprächen mit diesen wissen.

Zuweilen kommt man sich in diesem Rat vor wie in einem Kindergarten. Nach dem Motto: nein, mit Dir spiel ich nicht. Wenn Du mit dem spielst werfe ich mit Förmchen! Das ist das Verhalten von Kindern im Sandkasten.

Mal ganz unabhängig davon, dass wir derartiges Verhalten für unwürdig halten, sollte sich vor allem die SPD darüber Gedanken machen, wie ein derartiges Handeln, dass von völliger Beliebigkeit geprägt zu scheint, bei ihrer Wählerschaft ankommt.

Warum sich die SPD ein ums andere Mal von Grünen und CDU um des Kompromisses Willen erpressen lässt, können wir nicht nachvollziehen.

Warum sich die Grünen einer solchen Ausgrenzungspolitik befleißigen, bleibt ihr Geheimnis. Vermutlich will man zukünftige Koalitionspartner auf

konservativer Seite nicht vergrätzen.

Nun zum Inhalt des Resolutionstextes:

Mit der Abschaffung der Stichwahlen geht es der CDU erkennbar darum, mit einem gleichermaßen durchsichtigen wie undemokratischen Taschenspielertrick bei den nächsten Kommunalwahlen angesichts der Schwäche der SPD möglichst viele Bürgermeister- und Landratsämter zu besetzen, obwohl ihre jeweiligen Kandidaten keine demokratische Mehrheit bei der Wahl erzielen konnten. Die Stimmen für Kandidat\*innen der kleinen Parteien sollen erst gar keine Rolle spielen.

Schon einmal – 2007 – hatte eine CDU/FDP-Landesregierung die Stichwahl abgeschafft. Das Ergebnis: Kandidaten wurden mit deutlich weniger Zustimmung als 40 %, in Einzelfällen – wie in Wülfrath – sogar mit weniger als 30 % ins Amt gewählt. Die Wahlbeteiligung ist dabei nicht berücksichtigt, das heißt sogar mit 15% kann man eine Wahl gewinnen.

Wenn Bürgermeister\*innen gewählt werden, die eine deutliche Mehrheit gegen sich haben, ist das weder demokratisch noch eine ausreichende Legitimation für ihr wichtiges Amt. Es sind Amtsträger ohne Rückhalt in der Bürgerschaft.

Hinzu kommt, dass möglicherweise ein derartiges Amt durch rechtspopulistische Kandidaten besetzt wird. Dies gilt es zu verhindern.

Im Jahr 2011 wurde die Stichwahl daher wieder vom Landtag eingeführt; mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und der LINKEN. Jetzt soll es erneut eine 180-Grad-Kehrtwende geben.

Dieses vom parteitaktischen Machtinteresse der CDU geleitete „Hin und Her“ ist den Bürger\*innen nicht zu vermitteln.

DIE LINKE wird trotz des unwürdigen Spektakels im Vorfeld dieser Vorlage zustimmen. Wir werden weiterhin linke Politik machen und Initiativen mittragen, die wir für richtig und geboten halten. Sprich, wir werden Politik machen, die nicht dem Mainstream folgt, aber den Bürgern dieser Stadt dient.

Wir unterstützen die Resolution daher vollumfänglich.

Gelsenkirchen, den 28.03.2019

Martin Gatzemeier (Stadtverordneter)

Es gilt das gesprochene Wort!